

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Kretz AG (Feldmeilen)

SOLOTHURN Familien- und Erwerbsleben

Mehr Tagesstrukturen zur Kinderbetreuung

Die FDP hat an ihrer Tagung «Allegro: Familien- und Erwerbsarbeit im Einklang» am 24. Juni 2000 in Solothurn eine Mustermotion zugunsten familienunterstützender Tagesstrukturen in der Volksschule unterbreitet. Die FDP will damit erreichen, dass die Durchlässigkeit zwischen Familien- und Erwerbsarbeit in allen Kantonen zunimmt. Die Unterstützung privater Anstrengungen zur Einrichtung der Tagesstrukturen hat dabei Priorität.

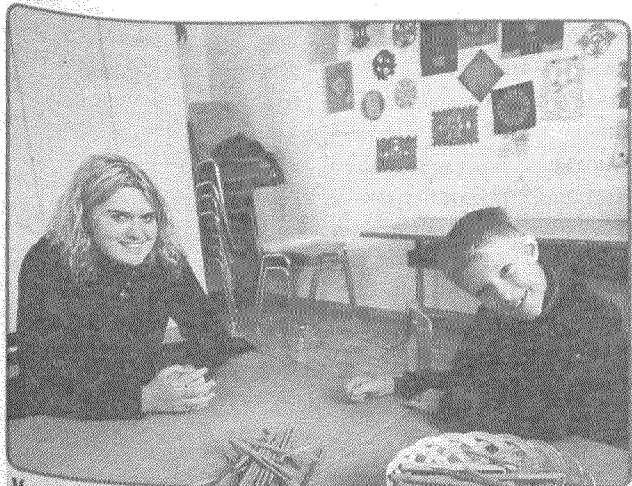
GUS. Die FDP hat mit ihrer Petition vom August 1999 «für kinder- und elternfreundliche Grundschulen» weitgehende bildungs- und gesellschaftspolitische Massnahmen gefordert. Die bildungspolitischen Forderungen hat die FDP im April 2000 im Positionspapier «Bildung: Unser Rezept für mehr Beschäftigung, unser Weg in die Wissensgesellschaft» konkretisiert. Die Solothurner Tagung gab nun den Startschuss für die Umsetzung

der gesellschaftspolitischen Forderung nach einem ausreichenden Angebot an ganztägigen, familienunterstützenden Betreuungsplätzen für Kinder in der Vorschulstufe und den Schulstufen I und II in der ganzen Schweiz. Mit diesem Ziel hat die FDP eine Mustermotion unterbreitet, die in allen Kantonen eingereicht werden soll. Gleichzeitig sollen die Kantone die finanziellen Konsequenzen für Kantone und Gemeinden auflisten und in Bezug

zur volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung stellen.

Vierorts stimmen noch heute Angebot und Nachfrage nach Betreuungsmöglichkeiten in keiner Art und Weise überein. Für Frauen bedeutet dies häufig: Kind oder Beruf. Diese Situation ist weder für die betroffenen Eltern noch für die Volkswirtschaft befriedigend. Gut ausgebildete junge Leute werden so, auf Grund ungewollter Restriktionen, vom Arbeitsmarkt und somit vom produktiven Einsatz ihrer Bildung fern gehalten. Ein mehrjähriger Unterbruch führt für hoch qualifizierte Kräfte zu grossen Problemen beim beruflichen Wiedereinstieg. Familien mit Kindern genügt ein einziger Erwerbslohn häufig nicht mehr. Die rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann beispielsweise bei den Sozialversicherungen nimmt immer weniger Rücksicht auf Kinderbetreuungspflichten, sondern knüpft an der Erwerbsarbeit an. Als Konsequenz daraus müssen aber auch die Voraussetzungen für die Ausübung einer Erwerbsarbeit geschaffen werden. Kinder dürfen keine Ursache für beruflichen Schlechterstellung sein.

Die FDP steht ein für Selbstverantwortung und möglichst wenig Staat. Kinderbetreuungsangebote, wie sie im Kanton Tessin



Vom Einzelfall zum akzeptierten Normalfall: die familienexterne Kinderbetreuung. (Bild ruti)

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Warum man sich jetzt für die Sommeruniversität anmelden sollte: Einladung und Programm auf Seite 9
- Warum die SP-Initiative «konstruktives Referendum» zum destruktiven Referendum führen würde: FDP-Parole auf Seite 10
- Warum sich linke und rechte Extremisten verbünden: Beitrag zur Militärgesetzrevision auf Seite 11
- Wer Nein zu zusätzlichen Steuern sagt, unterschreibt die Steuerstopp-Initiative auf Seite 20



seit 150 Jahren erfolgreich angeboten werden, sind deshalb in erster Linie privat und auf eigene Rechnung zu betreiben. Vierorts genügen die privaten Anstrengungen aber nicht oder sind nicht für alle erschwinglich. Deshalb for-

dert die FDP die Kantone und Gemeinden mit der Mustermotion zur Unterstützung auf.

Mehr zum Thema in diesem «Freisinn» ab Seite 6 und ein Buchtipps zum Thema auf Seite 4. ■

19. August: FDP voller Energie in Morges

Unmittelbar nach der politischen Sommerpause folgt der nächste freisinnige Paukenschlag: Am Samstag, 19. August 2000, findet in Prévèrenge bei Morges (VD) die nächste Delegiertenversammlung statt. Zur Diskussion stehen die Zuwanderungsinitiative («18-Prozent-Initiative») sowie die drei Energievorlagen Solarinitiative, Förderabgabe sowie die Grundnorm für eine Lenkungsabgabe auf Energie. Alle Freisinnigen sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Programm und Anmeldetalon finden Sie auf Seite 5.

Frank: Georg Maten
D.F.: Schw. Landesrat
Helliwy: Lehrsasse 15
3002 Bern

Europäische Merkwürdigkeiten

Grosse Organisationen haben grosse Linien. Man darf ihre alltäglichen Nervositäten deshalb nicht gleich als Trends beurteilen. Das gilt auch für die EU. Dennoch haben sich gerade im EU-Verband seit der Volksabstimmung über die bilateralen Verträge einige Merkwürdigkeiten zugetragen, die mehr als blosser Ausrutscher im Tagesgeschäft sind.

VON FDP-STÄNDERAT
HANS-RUDOLF MERZ,
HERISAU (AR)

Da war zunächst der denkwürdige erste Auftritt des französischen Präsidenten vor dem Deutschen Bundestag. Jacques Chirac beschwor die europäische Integration und schlug sogar vor, deren Geschwindigkeit im Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland zu erhöhen, nötigenfalls – so sagte er – unabhängig von der EU und mit eigenem Sekretariat. Diese Anregung ist mehrfach irritierend. Ein wesentliches Ziel der EU ist die Einbindung ehemaliger Kriegsparteien, namentlich auch von Deutschland, in einem Gleichklang und Gleichschritt der europäischen Völker und Kulturen. Mit der Achse Paris-Berlin werden demgegenüber altbekannte Konstellationen heraufbeschworen, die sich historisch bisher noch nie als Stabilisatoren bewährt haben. Und da die EU mehr als nur ein Wirtschaftsverband sein soll, nämlich ein Gleichgewicht von Staaten, bewirkt Chiracs Vorschlag zunächst mehr Fragen als Antworten.

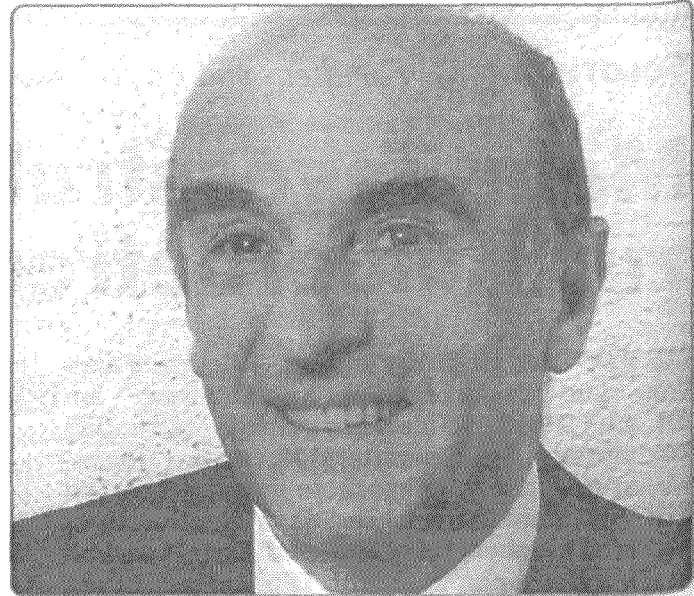
Examinierung Österreichs

Die zweite Merkwürdigkeit ist das bilaterale Vorgehen von 14 europäischen Staaten gegenüber Österreich.

Stiessen schon die Sanktionen gegen unser Nachbarland vielerorts auf Widerstand, so nimmt sich das Verfahren zu deren möglicher Aufhebung noch seltsamer aus. Österreich ist ein Land mit pluralistischer Gesellschaft, einem Rechtsstaat und freiheitlicher Demokratie. Nun soll auf Vorschlag Portugals ein Gremium aus drei Persönlichkeiten eine Examinierung dieses Landes vornehmen. Insbesondere ist auch dessen Verhalten in den Bereichen Flüchtlingswesen sowie Umgang mit Minderheiten zu beurteilen. Zu den 14 Auftraggebern gehören u. a. auch Italien, das in seiner Flüchtlingspolitik, wie wir aus vielen Zwischenfällen an unserer Südgrenze wissen, eine unklare Linie verfolgt, sowie Spanien, das im Umgang mit Minderheiten gelinde gesagt seine liebe Mühe bekundet. Ironischerweise soll ausgerechnet ein Schweizer, nämlich der Präsident des Menschenrechts-Gerichtshofes, diese drei Weisen ernennen. Ihm darf man in Erinnerung rufen, dass am Anfang der Eidgenossenschaft auch einmal drei Männer standen. Ihre Absicht war allerdings genau die umgekehrte: Sie wollten einen unabhängigen und freien Rechtsstaat gründen und sich künftig nicht mehr der europäischen und habsburgischen

Verfassungsgerichtsbarkeit unterwerfen.

Wenn die EU ein Bündnis von mündigen und gleichberechtigten Staaten werden soll, dessen Ziele in der Beförderung des Wohlstandes und in der Garantie von individuellen und staatlichen Freiheiten bestehen, dann muss sie auch Verfahren finden, welche diesen Zielen dienen. Die beiden Merkwürdigkeiten seit dem 21. Mai weisen in eine andere Richtung. Aus der Sicht des Kleinstaates Schweiz ist Misstrauen angebracht. ■



FDP-Ständerat Hans-Rudolf Merz: «Wenn die EU ein Bündnis von mündigen und gleichberechtigten Staaten werden soll, dessen Ziele in der Beförderung des Wohlstandes und in der Garantie von individuellen und staatlichen Freiheiten bestehen, dann muss sie auch Verfahren finden, welche diesen Zielen dienen.»

FDP-FRAKTION ◉ Nein zu EU-Initiative

Gradlinige und konsequente Integrationspolitik fortsetzen

Die FDP-Fraktion ist erfreut über die deutliche Zustimmung des Souveräns zu den bilateralen Abkommen. Dank der Entkoppelung der Bilateralen von der EU-Frage konnte die Schweiz erstmals seit Jahren einen integrationspolitischen Erfolg verbuchen. Die gradlinige, konsequente und pragmatische Politik auf der Basis des aussenpolitischen Berichts des Bundesrates muss jetzt fortgesetzt werden. Das heisst in erster Linie Umsetzung der Abkommen, vorwärts machen mit internen Reformen sowie die Vorbereitung weiterer sektorieller Verhandlungen,

wie sie in den bilateralen Abkommen vorgesehen sind. Es gibt keinen Grund, jetzt diese erfolgreiche integrationspolitische Strategie zu verlassen.

Die Initiative «Ja zu Europa» verschiebt die bewährte aussenpolitische Verhandlungskompetenz des Bundesrates zum Volk («ohne Verzug») und ist damit staatspolitisch äusserst problematisch. Der bundesrätliche Gegenvorschlag enthält keine Elemente, welche der Bundesrat nicht auch ohne Gegenvorschlag auslösen könnte. Die FDP-Fraktion lehnt die EU-Initiative klar ab und

verzichtet auf Gegenvorschläge. Sie fordert die Initianten auf, ihre chancenlose Initiative zurückzuziehen. Sie schadet sonst einzig dem strategischen Beitrittsziel. ■

VORSTELLUNG  Wer sind die neuen Parlamentarier?

Who's who? – Teil 7

Werner Messmer

Geburtsdatum: 25. Oktober 1945

Bürgerort: Eschen und Amriswil

Zivilstand: verheiratet

Kinder: 4 (19, 20, 23, 26)

Konfession: protestantisch

Militär: Oberst

Hobbys: Musik, Radfahren, Wandern

Ausbildung

- 6 Jahre Primarschule
- 3 Jahre Sekundarschule
- 3 Jahre Bauführerschule
- 1 Jahr Baumeisterschule
- Bauzeichner und Maurer
- Diplome als Hochbaupolier, Bauführer, Baumeister

Gegenwärtige Tätigkeit

Inhaber und Geschäftsführer der Bauunternehmung Messmer AG

Politik

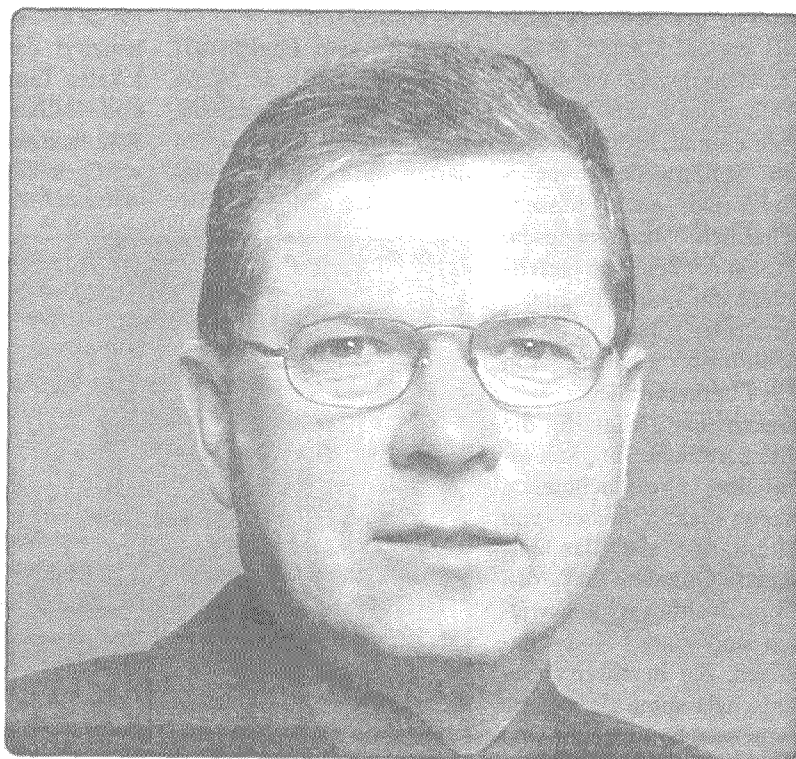
- 1985–1997 Schulpräsident
- 1996–2000 Kantonsrat

Partei

Vizepräsident FDP Thurgau (Mitglied der Parteileitung)

Organisationen / Verbände / Institutionen

- Seit 1986 Präsident Thurgauer Baumeisterverband
- 1992–1994 Präsident Thurgauer Industrie- und Handelskammer
- seit 1995 Präsident Thurgauer Gewerbeverband
- seit 1996 Präsident der Zentralstelle für gewerbliches Bürgerschaftswesen in der Schweiz



Jean-Paul Glasson

Date de naissance: 12 mai 1949

Commune d'origine: Bulle

Etat-civil: célibataire

Konfession: catholique

Hobbies: Lecture, promenade

Carrière professionnelle

- Ecole primaires et secondaires à Bulle
- Collège St-Michel à Fribourg
- Université de Fribourg
- Maturité type B
- Licence en droit

Activité actuelle

- Commerçant indépendant

Carrière politique

- 1986 Conseiller général
- 1987 Président
- 1989 Conseiller communal
- 1991 Vice-syndic
- Dès 1994 Syndic de Bulle
- 1990–1998 Député au Grand Conseil fribourgeois

Fonctions au sein du parti

- 1988 Président du cercle radical Bulle
- 1991–1994 Président du parti radical de la Gruyère
- 1991–1994 Membre du comité directeur du PRDF
- 1988–1995 Délégué au PRDCH
- Dès 1999 Membre du comité directeur du PRDF

Organisations / Institutions d'importance cantonale et fédérale

- Président de la conférence des syndicats des chefs-lieux et grandes communes du canton de Fribourg
- Membre du comité de l'association des communes fribourgeoises

Tagesschulen umsetzen – ein Handbuch

Öffentliche Tagesschulen sind in der Schweiz nach wie vor ein Mangel. In der Deutschschweiz existieren Anfang des Jahres 2000 gerade einmal 14 Tagesschulen. Mittlerweile ist mehrfach und auch wissenschaftlich nachgewiesen, dass in der heutigen Gesellschaft ein weit verbreitetes Bedürfnis nach dieser Schulform besteht. Von Ein-Eltern-Familien, Frauen und Müttern, die ihre berufliche Tätigkeit familialer Verpflichtungen wegen nicht aufgeben, von Eltern, die aus ökonomischen Gründen auf den Doppelverdienst angewiesen sind – alles Konstellationen, die in unserer Gesellschaft keine Ausnahme mehr bilden. Vielmehr sind sie Ausdruck der Vielfalt möglicher Familienformen, denen das Gemeinwesen in seinen öffentlichen Schul- und Betreuungsangeboten Rechnung zu tragen hat.

Hätte – müsste man wohl besser sagen! Noch immer tun sich Schul- und Gemeindebehörden ausserordentlich schwer, sich für die Errichtung öffentlicher Tagesschulen als ergänzendes Angebot der Volksschule einzusetzen. So ist eben auch dies eine Realität: Die in der Schweiz geplanten und bisher realisierten öffentlichen Tagesschulen sind Projekte, die weitgehend von lokalen Initiativgruppen und Tagesschulvereinen oder von engagierten Lehrerinnen und Lehrern initiiert, vorangetrieben und getragen werden. In diesem Zusammenhang bedeutet dies vor allem ein grosses Mass an freiwilliger, unbezahlter Arbeit. Sie erfordert aber von einem bestimmten Punkt an in verschiedener Hinsicht Profes-

sionalität, wenn sie zum Erfolg führen soll.

An diesem Punkt setzt dieses Handbuch an: Wenn sich landauf und landab die zuständigen Behörden darum drücken, die Pla-

trag des Vereins Tagesschulen Schweiz ein Projekt finanziert, das darin bestand, lokalen Tagesschulvereinen und Initiativgruppen oder Schulhausteams für ihr jeweiliges Tagesschulprojekt

halt weiter eingeflossen sind das Know-how im Bereich des Projektmanagements, der Schulentwicklung und der (Schul-)Politik (H.-M. Binder), die langjährige Erfahrung des Tagesschulvereins bzw. die Erfahrung als ehemalige Schulleiterin einer Tagesschule (D. Tuggener) sowie die reiche Materialsammlung der Fachstelle des Vereins Tagesschulen Schweiz in Zürich (M. Mauchle).

In einem ersten einleitenden Kapitel werden die wesentlichen Merkmale einer Tagesschule aufgezeigt: Was ist überhaupt eine Tagesschule? Wie funktioniert sie? Welches sind ihre Stärken? Wir setzen uns aber auch mit den gesellschaftlichen Bedingungen, die die Einrichtung von Tagesschulen nahe legen, und mit den gesellschaftlichen Einwänden gegen sie auseinander.

Im zweiten und dritten Kapitel – dem Herzstück des Handbuches – werden ausführlich die einzelnen Etappen des Planungsprozesses beschrieben. Worauf das Augenmerk zu richten ist, welche Hindernisse sich einem in den Weg stellen können und was für die erfolgreiche Bewältigung der gestellten Aufgaben notwendig ist. Aber auch: Welche möglichen Hilfen beigezogen werden können. Diese Kapitel sollen Ihnen im eigentlichen Sinn als Arbeitsinstrument dienen: Schlagen Sie nach, suchen Sie sich die für Ihre aktuelle Arbeit nötigen Informationen und Anregungen heraus und überlegen Sie, wie die Hinweise auf Ihre konkrete Situation angepasst werden können. Das kurze vierte Kapitel listet die häufigsten Einwände gegen Tages-

schulen auf und formuliert in knapper Form, was diesen Vorwürfen, Behauptungen und gesellschaftlichen Werthaltungen in der Diskussion zugunsten einer öffentlichen Tagesschule entgegenzuhalten ist.

Hans-Martin Binder, Dorothea Tuggener, Markus Mauchle: Tagesschulen-Handbuch für die Planung und Realisierung öffentlicher Tagesschulen. Herausgegeben vom Verein Tagesschulen Schweiz. Werd-Verlag, Zürich 2000. ISBN 3-85932-314-8.



nungs- und Projektarbeit für die Schaffung von Tagesschulen zu leisten, dann sollen initiative und engagierte Gruppen von Eltern und LehrerInnen wenigstens ein Arbeitsinstrument in die Hand bekommen, das es ihnen erlaubt, ein lokales Tagesschulprojekt effizient, zielführend und professionell zu planen, zu realisieren und von den vielfältigen Erfahrungen aus anderen Projekten zu profitieren. In den Jahren 1997 bis 1999 hatte das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann auf An-

eine Fachberatung zur Verfügung zu stellen: die Beschaffung von einschlägigen Informationen, die Strukturierung der Projektarbeit, die Moderation von Planungsgruppensitzungen, die Mithilfe bei der Erarbeitung eines Schulkonzeptes, die Mediation bei festgefahrenen Situationen in der Planungsgruppe. Die Erfahrungen aus dieser Begleitung und Beratung von sieben Projekten in der deutschen Schweiz bilden den konkreten Hintergrund dieses Handbuches. In die Strukturierung und den In-

19. AUGUST 2000 ◊ Nächste DV im Waadtland

Ein energie- geladener Entscheid

Die nächste ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz findet am Samstag, 19. August, in Préverenges bei Morges/VD statt. Die Delegierten werden die Parolen fassen zur Zuwanderungsinitiative (18-Prozent-Initiative) sowie zu den drei Ener-

gievorlagen. Zur SP-Initiative «konstruktives Referendum» hat die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten bereits einstimmig die Nein-Parole gefasst (s. Kasten Seite 10). Alle Freisinnigen sind ganz herzlich in den Kanton Waadt eingeladen.

GUS. Seit der Mutter-schaftsversicherung ist kaum eine Vorlage innerhalb der freisinnigen Reihen so umstritten gewesen wie die sogenannte Grundnorm für eine Lenkungsabgabe auf Energie. Dem Ergebnis der Delegiertenversammlung darf deshalb mit besonderer Spannung entgegen-gesehen werden. Zur Infor-mation der «Freisinn»-Le-serinnen und -Leser be-schreiben wir im Folgenden kurz, um was es bei den drei Energie-Vorlagen im Ein-zelnen geht:

Solarinitiative

Die Solarinitiative fordert eine Steuer auf dem Ver-brauch nicht erneuerbarer Energieträger während 20

Jahren. Die Steuer steigt inner-halb von fünf Jahren von 0,1 auf 0,5 Rappen pro kWh und verursacht damit jährli-che Subventionen von fast 900 Millionen Franken. Dies-es Geld wird hälftig für die Förderung der Solarenergie und für die effiziente Ener-gienutzung eingesetzt.

Förderabgabe

Die Förderabgabe ist der Gegenvorschlag zur Solar-initiative. Auf nicht erneuerbaren Energien wird während 15 Jahren eine Steuer von 0,3 Rappen pro kWh erhoben. Die jährli-chen Subventionen von rund 450 Millionen Fran-ken werden zur Förderung der Solarenergie, der effi-zienten Energienutzung

und der Wasserkraft einge-setzt.

Grundnorm

Die Grundnorm ist der Ge-genvorschlag des Parla-mentes zur Energie-Umwelt-Initiative, die zurück-gezogen wurde. Die Grundnorm ist ein Verfas-sungsartikel für eine öko-logische Steuerreform. Es wird eine Lenkungsabgabe von maximal zwei Rappen pro kWh auf nicht erneuerbaren Energieträgern erho-ben. Der Ertrag von bis zu drei Milliarden Franken wird zur Senkung der Lohnnebenkosten verwen-det. Im Falle einer An-nahme wäre die Ausarbei-tung eines konkretisieren-den Gesetzes notwendig. ■

**Abonnieren Sie unseren
newsletter auf www.fdp.ch**

**So werden Sie gleichzeitig mit den
Medien informiert.**

PROGRAMM

Freitag, 18. August 2000

- 11.00 Sekretärenkonferenz
- 13.00 Mittagessen
- 14.00 Geschäftsleitungssitzung
- 17.00 Präsidentenkonferenz
- 19.30 Nachtessen

Samstag, 19. August 2000: a. o. Delegiertenversammlung

- 10.00 Eröffnungsansprache
- 10.30 Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwande-rung» («18%-Initiative»): Podiumsdiskussion
- 11.30 Ansprache Vorsteher EVD, anschl. Diskussion und Parolenfassung
- 11.45 «Solarinitiative» und Verfassungsartikel über die Energieabgabe zur Förderung erneuerbarer Energien als Gegenentwurf dazu: Pro- und Contra-Referate; anschl. Diskussion und Parolenfassung
- 12.15 Verfassungsartikel über eine Energie-Lenkungs-abgabe für den Umweltschutz («Grundnorm»): Pro- und Contra-Referate; anschl. Diskussion und Parolenfassung
- 13.15 Schluss der DV (Apéritif)

Talon

- Ja, ich melde Personen zur Teilnahme an der a. o. DV in Préverenges/Morges (VD) vom 19. August an.

Name, Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Bitte einsenden/faxen/mailen an:

FDP Schweiz, DV Morges
Postfach 6136
3001 Bern
Fax (031) 320 35 00
E-Mail gs@fdp.ch

ALLEGRO ◉ Zur Tagung «Familien- und Erwerbsleben im Einklang»

Tagesstrukturen zur Kinderbetreuung dienen allen

An der Tagung «Allegro: Familien- und Erwerbsleben im Einklang» vom 24. Juni 2000 in Solothurn hat die Ausserrhoder Regierungsrätin Marianne Kleiner-Schläpfer ein viel beachtetes Statement abgegeben. Da es an der Tagung noch nicht schriftlich vorlag, druckt es der «Freisinn» im Folgenden ab.

VON REGIERUNGSRÄTIN
MARIANNE KLEINER-
SCHLÄPFER, VIZEPRÄSI-
DENTIN FDP SCHWEIZ,
HERISAU (AR)

Zwar darf ich an der Tagung «Allegro» als Vizepräsidentin der FDP Schweiz zu Ihnen sprechen. Gleichzeitig möchte ich aber ganz bewusst auch meine Sicht als Finanzdirektorin von Appenzell Ausserrhoden einflechten. Einer der gewichtigen Kritikpunkte an unserer letztjährigen Petition war es ja gerade, dass sie die finanzielle Seite zu wenig in Betracht gezogen habe. Diese Überlegungen spielen aber für eine Partei wie die FDP eine zentrale Rolle.

Tagesstrukturen an Schulen

Die Diskussion, die wir heute über Tagesstrukturen führen, sieht sich noch stark belastet aus der Zeit der 68er-Bewegung. Damals wurden Tagesschulen gefordert, vor allem weil die Frauen sich selbst verwirklichen wollten. Nach sechs Jahren Erfahrung als Finanzdirektorin ist mir aber zuverlässig klar geworden, dass kaum jemand für die reine Selbstverwirklichung der Frau auch nur einen müden Franken locker machen würde.

Es gibt aber auch andere gute Gründe für Tagesstrukturen. Lassen Sie mich drei

für mich besonders wichtige Argumente darstellen:

1. Kantone und Gemeinden tragen, wie Sie wissen, die Kosten fast des gesamten Bildungswesens. Jahr für Jahr steigen die Beiträge, die wir für Mittelschulen, Fachhochschulen und Universitäten ausgeben. Obgleich das während der Periode der Rezession oft schwierig zu finanzieren war, hat mich dieses wachsende Engagement stets gefreut. Es ist auf einen steigenden Frauenanteil an Mittelschulen, Fachhochschulen und Universitäten zurückzuführen.

Wir haben immer mehr sehr gut ausgebildete Frauen. Vereinfacht ausgedrückt stehen ihnen drei Wege offen, ihr Leben zu gestalten:

- Sie verzichten auf Kinder. Es ist sehr schade, wenn gerade gut ausgebildete Frauen weitgehend auf Kinder verzichten.
- Sie gründen eine Familie; und damit wird ihre Ausbildung nicht adäquat genutzt.
- Sie kriegen ein, wenn es hoch kommt zwei Kinder und versuchen den Spagat zwischen Kinderbetreuung und Beruf. Das geht aber häufig auf Kosten der Gesundheit der Frauen und der Familien; und unter Umständen leidet



FDP-Vizepräsidentin Marianne Kleiner: «Funktionierende Tagesstrukturen sind ein Standortvorteil.»



Ruth Gisi, Landammann des Kantons Solothurn und Erziehungsdirektorin, hört aufmerksam zu. (Bilder ruti)

die Entwicklung der Kinder aus Kleinstfamilien.

Wenn wir an den Schulen Tagesstrukturen zur Verfügung stellen, sind wir zukünftig in der Lage, das mit erheblichen Investitionen herangebildete Potenzial der Frauen angemessen zu nutzen.

2. Unsere Wirtschaft ist wieder in eine starke Wachstumsphase eingetreten. Qualifizierte Ar-

beitskräfte sind schon knapp geworden. Wir würden alle diese gut ausgebildeten Frauen dringend brauchen. Wir haben die historische Chance, dieses Potenzial zu nutzen! Andernfalls wird die Wirtschaft auf den Zuzug ausländischer Arbeits- und Fachkräfte ausweichen müssen. Das wird erneut hohe Integrationskosten nach sich

ziehen. Möglicherweise wird es auch zu einer weiter abnehmenden Toleranz innerhalb der Bevölkerung führen, wenn der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung steigt und steigt. Und in der Tat: Warum sollen wir «importieren», wenn wir doch sozusagen Selbstversorger mit einheimischen Fachkräften sein könnten?

3. Wir brauchen Kinder! Zur Reproduktion unserer Gesellschaft bräuchten wir pro Frau im Durchschnitt 2,1 Kinder. In Wirklichkeit gebären Schweizerinnen im Durchschnitt 1,2, Ausländerinnen immerhin 1,8 Kinder. Auch mit den Geburten der Ausländerinnen reicht es nicht. Wir werden eine alternde Gesellschaft, deren Bevölkerungspyramide auf dem Kopf steht.

Diese Überalterung der Bevölkerung führt zu riesigen Problemen bei der Finanzierung der Sozialversicherungen, und irgendwann wird sie auch zum Versorgungsproblem werden. So, wie die Dinge im Moment liegen, müssten wir dieses Problem mit Einwanderung lösen. Von allen Massnahmen zur Sanierung der Sozialversicherungen wäre die zuverlässige Einführung von Tagesstrukturen ein eleganter und jedenfalls der rascheste und effizienteste Weg.

Es ist – dies nur nebenbei – unehrlich, die Witwen- der Witwerrente anzupassen und gleichzeitig den Frauen mit Kindern das Arbeiten zu verunmöglichen – was unser Schulsystem ganz klar tut.

Die Jahre, in denen Frauen Kinder gebären – oder eben darauf verzichten – sind auch für die berufliche Entwicklung die ausschlaggebenden. Wenn zu grosse Unterbrüche in der Berufstätigkeit entstehen, ist die Karriere gefährdet.

Was also kann der Staat tun?

Ich komme zurück auf meinen eigenen Kanton: In Ausserrhoden hat das Parlament kürzlich ein neues Schulgesetz verabschiedet. Ein solches Gesetz passiert bei uns zwei Lesungen, und dazwischen findet eine sogenannte Volksdiskussion statt. Sie bietet für die ganze Bevölkerung die Möglichkeit, die eigenen Anliegen



Die Tagung stiess auf grosses Interesse, in erster Linie bei den sehr zahlreich erschienenen FDP-Frauen.



Schenkt Parteipräsident Franz Steinegger ein: Ständerätin Christiane Langenberger, Moderatorin der Tagung «Allegro: Familien- und Erwerbsleben im Einklang».

in die zweite Lesung einzubringen. Dieses Instrument wurde im Falle des Schulgesetzes rege genutzt.

In unserem klar freisinnig orientierten Kanton haben über hundert Frauen in der Volksdiskussion gefordert:

«Die Lehr- und Stundenpläne sollen Blockzeiten und Tagesschulmodelle in den Gemeinden ermöglichen.»

Diese Forderung wurde übrigens durch eine Frau – dies auch eine Spezialität von Ausserrhoden – direkt an der Spitze des Parlamentes mündlich vertreten.

Aus der Diskussion ergab sich schliesslich die folgende endgültige Fassung:

«Die Lehrpläne sind so zu gestalten, dass insbesondere

■ das Unterrichtsangebot für beide Geschlechter das gleiche ist;

■ die Gemeinden Blockzeiten und Tagesschulmodelle einführen können.»

Starke politische Kräfte in Ausserrhoden kämpfen für dieses Anliegen. Auch als Finanzdirektorin könnte ich mich positiv zu etwas höheren Kosten stellen, da ich überzeugt bin, dass bei schlanken Lösungen diese durch höhere Steuereinnahmen, höhere Sozialabgaben und tiefere Kosten für die Integration fremdsprachiger Kinder längerfristig kompensiert würden. Es er-

gibt sich also eine win-win-Situation auf der ganzen Linie.

Steuerliche Anpassungen

Damit ein solches Projekt greift, müssen ein paar Voraussetzungen erfüllt sein. Gestatten Sie mir, dass ich nochmals auf das Beispiel Ausserrhoden zurückgreife. Am 21. Mai dieses Jahres haben wir über ein total revidiertes Steuergesetz abgestimmt. Darin sind jene Bedingungen erfüllt, die es flankierend unbedingt braucht:

■ Die unbegrenzte Abzugsfähigkeit für Drittbetreuungskosten von Kindern (dies fordert Ständerätin Vreni Spoerry auf Stufe Bund seit Jahren);

■ Volle Abzugsfähigkeit der Weiterbildungskosten für Wiedereinsteigerinnen.

Neben diesen steuerlichen Rahmenbedingungen kann die Beschäftigung von Frauen und Männern mit Erziehungspflichten auch durch attraktive Arbeitsbedingungen erleichtert werden, ohne dass der Arbeitgeber dadurch Einschränkungen in Kauf nehmen muss. So haben wir – in einer öffentlichen Verwaltung – jedes Arbeitszeitmodell möglich gemacht. Jede Tageseinteilung, jedes Pensum, jede Ferienregelung, Job-Sharing, was immer unsere Angestellten wünschen.

Allerdings müssen dabei zwei Bedingungen erfüllt sein:

■ Angestellte und Vorgesetzte müssen die Regelung miteinander ausdiskutiert haben, und beide müssen dabei einverstanden sein;

■ Teilzeitarbeitende müssen je nach Pensum bereit sein, ihren Arbeitsplatz mit jemand anderem zu teilen.

Appenzellerland macht vorwärts

Und ich darf Ihnen zum Schluss auch sagen, dass bei uns davon Gebrauch gemacht wird, ohne dass jemand darunter leidet. Im Gegenteil, wir haben Angestellte, die ihren Job gerne und mit Freude ausfüllen, und Vorgesetzte, die zuverlässige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Ausserrhoden hat im Rahmen seines Standortmarketings einen Slogan geprägt, der von Regierung und Parlament und von weiten Kreisen von Wirtschaft und Bevölkerung getragen wird: «Appenzellerland macht vorwärts».

Dazu gehören auch funktionierende Tagesstrukturen ab dem Kindergarten. Wir sind überzeugt, dass wir damit einen gewichtigen Standortvorteil gewinnen können. ■

SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH  Die ständerätliche Mehrheit sitzt ihr Dilemma aus

Für die FDP ist der Entscheid über die Fristenregelung überreif

Resolution der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Tagung «Allegro: Familien- und Erwerbsleben im Einklang» der FDP Schweiz vom 24. Juni 2000 in Solothurn

Seit rund dreissig Jahren wird die Frage des strafflosen Schwangerschaftsabbruchs diskutiert. Eine Mehrheit des Ständerates hat gegen den Willen der FDP den Entscheid über die Umsetzung der sogenannten Fristenregelung (Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs während 14 Wochen nach der letzten

Periode) an die zuständige Kommission zurückgewiesen.

Die FDP ist enttäuscht über diesen mutlosen Nicht-Entscheid. Bereits in den Siebzigerjahren hat sich die FDP für die Aufhebung der Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs eingesetzt. Moralisch-ethische Wertvorstellungen lassen sich nicht per Gesetz anderen Menschen vorschreiben. Längst unterstützt nur noch eine Minderheit der Schweizer Bürgerinnen und Bürger das theoretische Verbot des Schwangerschaftsabbruchs. Unbefriedigenderweise herrschen in den einzelnen Kantonen unterschiedliche



FDP-Nationalrätin Christine Egerszegi ist empört über den ständerätlichen Nicht-Entscheid zur Fristenregelung. (Bild ruti)

Praktiken. Abtreibungswillige weichen auch ins Ausland aus. Das Verbot verhindert heute deshalb kaum eine Abtreibung, stigmatisiert aber die betroffenen

jungen Frauen zu Unrecht. Die FDP hat sich stets für die Fristenregelung ausgesprochen. Das von der Rechtskommission des Ständerates vorgeschlagene

Kompromissmodell mit der Verpflichtung des Arztes, auf eine Beratungsstelle hinzuweisen, ist für die FDP eine äusserst restriktive Vorlage. Zwangsberatung oder Indikationenslösungen sind Rückschritte ins gesellschaftspolitische Mittelalter und einer liberalen Rechtsordnung unwürdig.

Die FDP verlangt vom Ständerat, dass er seine Verweigerungshaltung aufgibt und die Vorlage so rasch wie möglich behandelt, statt sich hinter formalistischen Argumenten zu verstecken. Der Kniefall vor den ultrakonservativen «Mutter und Kind»-Initianten ist unnötig und kontraproduktiv. ■

KOLUMNE

Schlagwort für Schaumschläger



Der Liberalisierung und Privatisierung wird als Alternative der «Service public» gegenübergestellt. Vielen gilt er als besser, wertvoller, auch als menschlicher. In dieser Einschätzung wird der «Service public» gleichbedeutend mit Spitzenleistung und Lebensqualität. Das heisst: Wer die Liberalisierung und Privatisierung will, strebt rücksichtslos nach Profitmaximierung, während sich die Verfechter des «Service public» in idealistischer Gesinnung für das Volkswohl engagieren.

Die SRG beansprucht für sich seit je, mit ihren Radio- und Fernsehprogrammen dem «Service public»

verpflichtet zu sein, und leitet daraus das Gebührenprivileg ab. Damit behauptet die SRG indirekt, dass die übrigen Medien den «Service public» ablehnen und unsere wahren Bedürfnisse verkennen. Als ob dem so wäre!

Dennoch ist das Gefühl verbreitet, eine privatisierte Post, eine privatisierte Swisscom und privatisierte SBB würden sich vom «Service public» verabschieden und die Anliegen der Allgemeinheit missachten. Darum wird im Kampf gegen die Liberalisierung und Privatisierung unentwegt mit dem «Service public» gefochten.

Aber was bedeutet eigentlich «Service public»? Der Begriff, wenn er denn

zur politischen Alternative erhoben wird, müsste doch klar sein oder wenigstens einigermaßen fassbar. Tatsächlich handelt es sich weder um das eine noch um das andere, sondern um einen Schwamm.

Ein «Service», der «public» ist, ist nichts weiter als ein «öffentlicher», «bekannt(er)», «allgemeiner», «behördlicher», «amtlicher» oder «staatlicher» Dienst. Keines dieser Eigenschaftswörter beinhaltet auch nur annähernd eine Qualität. Sie beschreiben noch am ehesten einen Rechtscharakter, sonst nichts. Ob ein Dienst vorzüglich funktioniert oder schlecht, hängt nicht an der Bezeichnung «public» oder «privé». Der Beispiele sind mehr als genug.

«Service public» ist ein Schlagwort. Es eignet sich für die Schaumschlägerei. In den «Service public» wird eine Verheissung verpackt, die aus nichts als diffusen Vorstellungen besteht. Das erhellt sich sofort, wenn wir die Forderung nach dem «Service public» in der deutschen Übersetzung vorbringen. Dann lautet das Postulat, dass wir einen «bekannten Postdienst» wollen, einen «amtlichen Elektronikdienst» oder einen «staatlichen Mobilitätsdienst».

Dass «amtlich» und «behördlich», «staatlich» und «öffentlich» in jedem Fall überzeugendere Leistungen bieten als «privat» und «unternehmerisch», «persönlich» und «wirtschaftlich», glaubt im Ernst ja niemand.

In der lösungsorientierten «Débat public» taugt der

«Service public» nichts. Wohl gerade deshalb wird er gerne verwendet. Er entbindet davon, sich in ein Problem zu vertiefen. Er erlaubt es, vor der Wirklichkeit die Augen zu verschliessen. Er verdeckt die Angst vor dem Wandel. Globalisierung? Liberalisierung? Privatisierung? Deregulierung? Nichts davon!

Mit dem Ruf nach dem «Service public» kehren wir der Zukunft rettend den Rücken zu. Der Begriff ist nicht nur ein Schlagwort. Er ist ein trügerischer Strohhalm. Und mithin ein Verhängnis. «Service public» könnte auch mit «Bären-dienst» übersetzt werden.

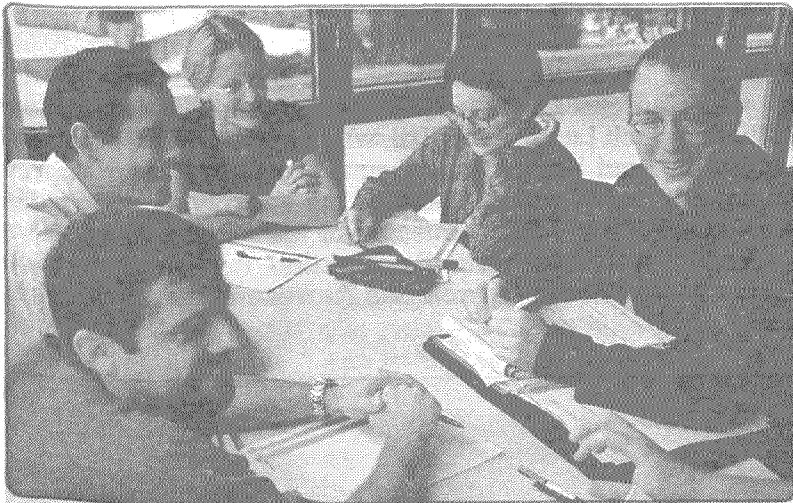
Alex Bänninger,
Publizist,
Präsident
des Freisinnigen
Presseverbandes
der Schweiz, Zürich

Sommeruniversität 2000 – jetzt anmelden!

Von Montag, 21., bis Freitag, 25. August 2000, findet an der Université de Neuchâtel die 7. Sommeruniversität der FDP Schweiz und der Jungfreisinnigen statt. Das Angebot besteht wiederum aus vielen persönli-

chen Kontakten mit namhaften Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Medienauftrittstrainings. Als eigentliche Höhepunkte dürfen beispielsweise die Auftritte von diversen namhaften Stände- und Nationalräten

im Rahmen der Sommeruniversität gelten. Wo hat man sonst schon die Gelegenheit, hochrangigen Politikerinnen und Politikern direkt die Meinung zu sagen? Meldet Euch jetzt an!



Politische Teamarbeit...



...und heitere Stunden lösen einander ab.

(Bilder Sommeruniversität 1999 von Markus Grädel)

Montag, 21., bis Freitag, 25. August 2000, Université de Neuchâtel, Neuchâtel

(Teilnehmerbeitrag: Fr. 250.-)

	MONTAG, 21. 8. 2000	DIENSTAG, 22. 8. 2000	MITTWOCH, 23. 8. 2000	DONNERSTAG, 24. 8. 2000	FREITAG, 25. 8. 2000
VORMITTAG	Einchecken, Eröffnung usw. (d und f)	Die FDP der Schweiz: Formen und Inhalte (d und f) Die Jungfreisinnigen der Schweiz: Formen und Inhalte (d und f)	Finanz- und Wirtschaftspolitik: Energiepolitische Fragen	Arbeitsmarkt / Bildung / Wissenschaft: Aktuelle Themen	Pol. Rundschau (zweiseitiger «Tour d'horizon») mit der Partei- und Fraktionsleitung Zusammenfassung, Schluss
NACHMITTAG	Diesseits und jenseits des politischen Aktivdienstes	Sozialpolitik Statements in elektronischen Medien (d) Wahlkampfmanagement (f)	Wahlkampfmanagement (d) Statements in elektronischen Medien (f)	Gezielte Medienarbeit	–
ABEND	Stadtbummel, inkl. Führung Château Neuchâtel	Kreuzfahrt mit Stehapiro auf dem Lac de Neuchâtel, inkl. Treffen mit lokalen/kant. Behörden anschl. Zeit zur freien Verfügung	Impulsreferat mit anschl. Diskussion	Ausflug Auvernier	–

Stefan Costa, (031) 320 35 35, weiss über die weiteren Details zum Programm, die erst nach Redaktionsschluss vorlagen, Bescheid.

FDP/JFS-Sommeruniversität

Anmeldeformular

Ich melde mich hiermit **VERBINDLICH** an für die 7. FDP/JFS-Sommeruniversität vom 21. bis zum 25. August 2000, Université de Neuchâtel, Neuchâtel. Die Kosten betragen 250.- (Kost und Logis inbegriffen).

Adressangaben:

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel.: _____ Fax: _____

E-Mail: _____

Jahrgang: _____

Sprache: Français Deutsch

Weitere Auskünfte erteilt Euch FDP Schweiz, Herr Stefan Costa, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 20, Fax (031) 320 35 00, costa@fdp.ch

Initiative konstruktives Referendum: Nein

Die FDP sagt Nein zur SP-Initiative «Konstruktives Referendum», die am 24. September 2000 zur Volksabstimmung gelangt. Die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten hat am 24. Juni 2000 in Solothurn einstimmig die Nein-Parole zur Rosinenpicker-Initiative beschlossen, die unter dem verführerischen Titel «Mehr Rechte für das Volk» daherkommt. Das konstruktive Referendum würde mehr Rechte für verschiedenste Referendumskomitees bringen, zulasten von demokratisch zustande gekommenen Mehrheiten. Das akzeptiert die FDP nicht.

FDP. Die SP-Initiative «konstruktives Referendum» will die Möglichkeit schaffen, dass vom Parlament verabschiedetes Recht in einzelnen Bestimmungen mit Gegenvorschlag abgeändert werden kann. Dies führt dazu, dass politisch ausgewogene Gesetzesvorlagen nach der Konsensfindung im Parlament wieder auseinander gerissen werden. In Referendumskomitees organisierte einseitige Interessengruppen könnten damit bei jedem missliebigen Kompromiss ein politisches Jekami veranstalten.

Die Initiative für Einführung des konstruktiven Referendums stammt aus dem SP-Wahlkampf 1995. Die Väter und Mütter der Initiative wollten damit ihren Wählern das Missfallen gegenüber dem erfolgreichen Kompromiss im Rahmen der 10. AHV-Revision dokumentieren (Ein-

führung Splitting bei gleichzeitiger Angleichung des Rentenalters von Frau und Mann).

Die Konferenz der kantonalen FDP-Präsidenten hat zur Initiative einstimmig die Nein-Parole gefasst. Die FDP wird die Vorlage aus folgenden Gründen bekämpfen:

- Weil damit von der Parlamentsmehrheit geschnürte Pakete durch Minderheiten beliebig zerpfückt werden könnten. Das wäre Rosinenpickerei.
- Weil das Parlament damit einen Teil seiner Gesetzgebungsverantwortung abgeben würde.
- Weil damit das Ständemehr umgangen werden könnte. Vertreter einseitiger Interessen wären damit besser gestellt als die durch die Verfassung geschützten Kantone.
- Weil damit Bundesrat

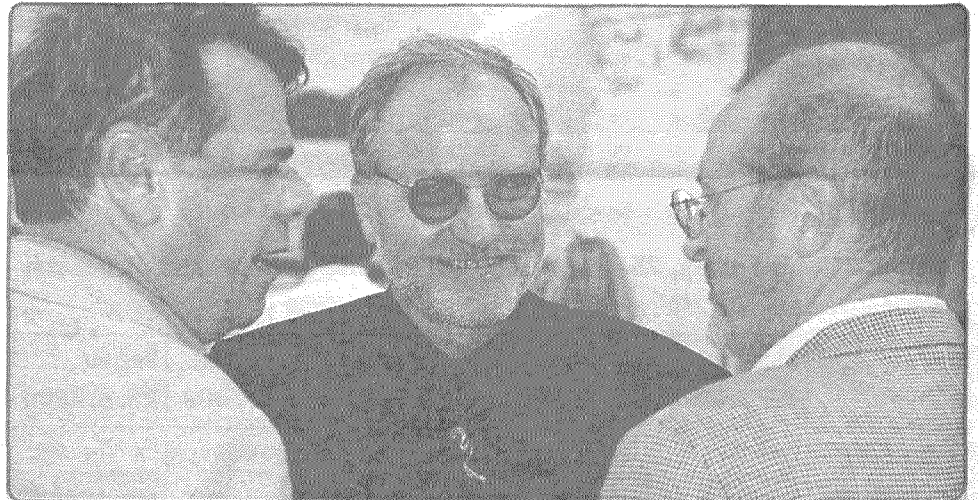
und Parlament auf Gesetzesebene mit 50 000 Unterschriften ausgehelt werden könnten.

Das wäre einschneidender als bei der Maulkorbinitiative. ■ Weil die Volksrechte ins-

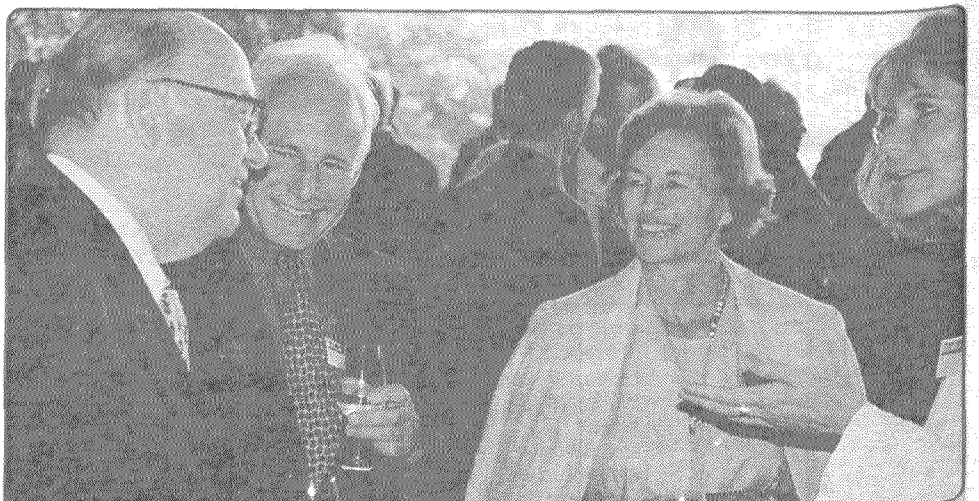
gesamt reformbedürftig sind. Ein einseitiger Ausbau ist nicht gerechtfertigt. ■

Luzern City und Hinterland

Die FDP-Fraktion der Bundesversammlung ist einer Einladung der Liberalen Partei des Kantons Luzern (LPL) gefolgt und hat ihren diesjährigen Juni-Ausflug nach Luzern und Ettiswil gemacht. Nach einer Besichtigung des Kultur- und Kongresszentrums (KKL) in Luzern fuhren die Fraktionsmitglieder mit Carsharing-Autos ins Verkehrshaus, wo das IMAX mit dem Grossleinwand-Film «Mission to Mir» auftrumpfte. Zum gemütlichen Abendessen liess sich die Fraktion ins wunderschöne Schloss bei Ettiswil chauffieren, unweit des Anwesens von Nationalrat Karl Tschuppert...



Die Nationalräte Charles-Albert Antille (VS), Georges Theiler (LU) und Fulvio Pelli (TI) unterhalten sich blendend. Ob Sie wohl die geplante Namensänderung der Luzerner Liberalen hin zu den Freisinnigen diskutieren?



Ex- (nicht alt!) Nationalrat Ernst Mühleemann liess sich die Chance nicht entgehen, seinen ehemaligen Fraktionskolleginnen und -kollegen Ueli Fischer (AG) und Trix Heberten (ZH) wieder einmal ein paar Bonmots mit auf den Weg zu geben. (Bilder: Othmar Wüest)

**Parole FDP
Nein
zur Initiative
«konstruktives
Referendum»**

AUSSENPOLITIK ◊ Herausforderungen der nächsten Jahre

Isolationismus versus aktive Schweizer Interessenvertretung

Der Uno-Beitritt und die Teilrevision des Militärgesetzes sorgen für Gesprächsstoff. Diese zwei grossen aussenpolitischen Herausforderungen dieser Legislatur führen die Schweizer Politik der zunehmenden Interessenvertretung auch im Ausland konsequent weiter. Sie würden beide die volle Unterstützung aller Bundesratsparteien verdienen.

VON FDP-PRESSECHIEF
GUIDO SCHOMMER,
BERN



Unter den 12 bürgerlichen Prioritäten der FDP für die laufende Le-

gislatur befinden sich auch zwei wichtige aussenpolitische Vorlagen, die dazu geeignet sind, dass die Schweiz ihre ureigensten Interessen auch im Ausland besser vertreten kann. Zum einen wurde dieser Tage die Vernehmlassung zum Uno-Bei-

tritt eröffnet. Der Bundesrat als Ganzes und seine Mitglieder haben die Überzeugungsarbeit bereits begonnen, so auch Bundespräsident Adolf Ogi in Basel. Die FDP unterstützt ihn dabei.

Unsere Leute müssen sich schützen können

Die Schweiz sandte vor einigen Monaten freiwillig Schweizer Soldaten (Swisscoy) nach Kosovo, die dort in der Friedenssicherung tätig sind. Sie arbeiten weitgehend unbewaffnet und müssen bei ihrer Arbeit von

ausländischen Kräften beschützt werden.

Die Teilrevision des Militärgesetzes ist bereits mit mehrfachen Referendumsdrohungen belegt. Einmal mehr scheint es dabei zu einer Allianz der Zauberlehrlinge zu kommen: Teile der SVP gemeinsam mit der GsoA. Dass die isolationistische Rechte mit der äussersten Linken gemeinsame Sache macht, überrascht nicht mehr: Die Rückspiegel-Optik hat ihre Freunde in beiden Extremen. Vorwärts macht hingegen der

Bundesrat, allen voran Bundespräsident Adolf Ogi. In Teilen seiner eigenen Partei stösst er auf erbitterten Widerstand. Im Gegensatz dazu wird die FDP engagiert gemeinsam mit Adolf Ogi kämpfen. Im Interesse der Schweiz. ■

HERAUSGEPICKT

«Herr Tobler» am 4. Juni 2000 auf DRS 1:
«Wenn d'SVP wott Erfolg haa, goht sie im Notfall mit dä GsoA.»



(Foto Reuters)

Schweizer Soldaten im freiwilligen Auslandeinsatz.

Heute: Von Ausländern bewacht.

Morgen: Zum Selbstschutz bewaffnet.

Das will die FDP. Gemeinsam mit Bundespräsident Adolf Ogi.

Schon heute sind Schweizer Soldaten im freiwilligen Auslandeinsatz – meist unbewaffnet und von Ausländern bewacht. Sie leisten Dienst für die Friedenssicherung, zum Beispiel in Kosovo. Sie leisten einen Beitrag vor Ort, damit nicht noch mehr Menschen zum Beispiel in die Schweiz flüchten. Dieses Engagement ist zentraler Bestandteil der modernen schweizerischen Sicherheitspolitik.

Die FDP und Bundespräsident Adolf Ogi kämpfen in der Schweiz gemeinsam dafür, dass sich unsere Leute zum Selbstschutz bewaffnen dürfen. Damit die Sicherheit unserer Leute vor Ort besser wird.

Sicherheit durch Erneuerung.

FDP Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, gs@fdp.ch, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, www.fdp.ch

FDP ◊
Freisinnig-Demokratische Partei

Endlich Konkretes zur digitalen Mündigkeit

Der Nationalrat hat die Motion Telematik-Offensive vom Juni 1998 mit 133:2 Stimmen in der verbindlichen Form überwiesen. Damit trägt die freisinnige Offensive zugunsten der digitalen Mündigkeit erste Früchte im Parlament.

VON FDP-NATIONALRAT
GEORGES THEILER,
LUZERN



Verschiedene Studien und auch der Bericht der Groupe de

Arbeitsplätzen in der Schweiz. Damit verbunden sind jedoch auch Anstrengungen zur Flexibilisierung des Arbeitsplatzes.

Förderung von Spezialisten

Neben der vom Bundesrat in Auftrag gegebenen allgemeinen Bildungsoffensive zur Vorbereitung der Bewohner der Schweiz auf die Herausforderungen der Informationsgesellschaft wird die Schaffung von Voraussetzungen für eine erfolgreiche Nutzung der Chancen der Telematik erforderlich. Hochqualifizierte Spezialisten bzw. ein Arbeitskräftepotenzial, das über überdurchschnittliche Fähigkeiten im Umgang mit den neuen Technologien verfügt, sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Rolle der Schweiz in der Telematik.

Innovations- und Forschungsoffensive – neue Unternehmen

Die Förderung innovativer Forschung und Entwicklung (z. B. im Rahmen von Nationalfondsprogrammen) von neuen Anwendungen der Telematik könnte den Aufbau eines eigenständigen und zukunftsorientierten Wirtschaftszweiges in der Schweiz schaffen helfen. Dazu müssten neben der entsprechenden Infrastruktur Anreize geschaffen werden, welche die Entwick-

lung und Umsetzung der neuen Technologien fördern. Insbesondere sind dabei erleichterte Bedingungen für die Entstehung neuer Unternehmen zu fördern.

Digitale Mündigkeit im Umgang mit den Telematiktechnologien

Die neuen Informationstechnologien führen ohne Zweifel zu Veränderungen in gesellschaftlicher Hinsicht. Interaktivität wird auch ausserhalb der Wirt-

schaft in Ausbildung, Gesundheit, Rechtssystem, Politik usw. zu neuen Möglichkeiten und veränderten Bedürfnissen führen. Eine Rolle der Schweiz könnte sein, den Umgang mit den Telematiktechnologien in Staat, Demokratie und Gesellschaft exemplarisch umzusetzen und dazu modellartige Projekte zu lancieren, die den umfassenden und integrierten Umgang mit den neuen Technologien erproben und optimieren. Dazu gehört neben einer

Bildungsoffensive die Entwicklung und Förderung von innovativen gesellschaftlichen Ansätzen im Umgang mit der Telematik, z. B. in den Bereichen Arbeit, Verkehr, Handel, Tourismus, Politik, Sicherheit usw. Insbesondere könnten – angesichts der Engpässe im privaten und öffentlichen Verkehr in der Schweiz – Verkehrstelematiksysteme zur intelligenten Optimierung der Verkehrsflüsse priorisiert werden. ■

FDP fordert ehrgeizigen Zeitplan für «e-Switzerland»

Die FDP ist mit der Stossrichtung der Strategien des Bundes zur Informationsgesellschaft einverstanden, verlangt aber verbindliche zeitliche Vorgaben. Im Vergleich mit den entsprechenden europäischen Programmen droht unser Land in ein Entwicklungsloch zu fallen, das sich negativ für das Wachstum und den Standort Schweiz auswirken könnte. Die FDP fordert in Konkretisierung ihrer Prioritäten für die bürgerliche Erneuerung der Schweiz – immer subsidiär zu privaten Anstrengungen und in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen – folgende Massnahmen:

■ Verhinderung einer digitalen Spaltung der Bevölkerung durch Förderung und Unterstützung der digitalen Aus- und Weiterbildung breiter Schichten, unabhängig vom Alter und insbesondere auch in den Randregionen.

■ Schulen ans Netz: Der Bund muss Anstrengungen der Kantone unterstützen, damit bis Ende 2002 jeder junge Mensch Zugang zum Internet hat und entsprechende Ausbildung erhält.

■ Der Bund muss die entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte finanziell unterstützen und die Erarbeitung von schweizerischer Bildungssoftware fördern.

■ Der Bund muss bis Mitte 2001 Vorschläge erarbeiten, wie er in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern für jeden Einwohner eine digitale Identität mit entsprechend identifizierbarer E-Mail-Adresse für alle garantieren kann.

■ Der Bund muss bis 2002 die gesamten Verwaltungsstrukturen im Lichte von e-government überprüfen und anschliessend entsprechend anpassen.

■ Die Umsetzungsschritte für die Ausübung demokratischer Rechte auf elektronischem Weg sind zu beschleunigen: Abstimmen, wählen und Unterschriften sammeln via Internet sind zu ermöglichen.

■ Alle Amtsstellen des Bundes müssen bis Ende 2001 ihre Dienste für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmungen auf elektronischem Weg einfach und übersichtlich anbieten können (one-stop shop).

■ Der Bund wird spätestens ab Januar 2001 zum Musteranwender für elektronischen Datenverkehr: Der Papierverkehr mit dem Parlament und seinen Mitgliedern wird durch E-Mail-Versände ersetzt. ■

24. SEPTEMBER 2000 ◉ *Nein zur SP-Initiative*

Konstruktives Referendum – Destruktives Referendum

Am 24. September haben wir über das sog. Konstruktive Referendum zu befinden. Diese Initiative verlangt ein neues Volksrecht. Anstatt ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz mit einem Referendum als Ganzes zu bekämpfen, sollen 50 000 Stimmberechtigte oder acht Kantone das Recht erhalten, einen Gegenvorschlag zu einem Gesetz einzubringen. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, das vom Parlament vorgelegte Gesetz nicht ganz ablehnen zu müssen, sondern lediglich eine nicht genehme Bestimmung daraus zu eliminieren.

VON FDP-STÄNDERÄTIN
VRENI SPOERRY,
HORGEN (ZH)

Auf den ersten Blick tönt dieses Begehren verlockend. Beim zweiten Blick aber zeigt es viele Schwächen, ja Gefahren für das Funktionieren unserer Demokratie. Bundesrat und Parlament lehnen die Volksinitiative denn auch aus folgenden Gründen ohne Gegenvorschlag ab.

Regierbarkeit erhalten – kein Rosinenpicken

Die Schweiz kennt ein wohl einmalig stark ausgebautes Mitspracherecht der Bürgerinnen und Bürger. Aber auch eine direkte Demokratie muss regierbar bleiben. Dazu gehört, dass die gewählten Behörden – hier Bundesrat und Parlament – die Verantwortung dafür haben, dass die Rechtsordnung keine Widersprüche aufweist, in sich kohärent ist sowie die Verfassung und zwingendes Völkerrecht respektiert. Diese Verantwortung wird mit dem Konstruktiven Referendum unterlaufen. Das Beispiel 10. AHV-Revision – ein Hauptauslöser für die In-

itiative – soll dies veranschaulichen.

Die 10. AHV-Revision hat starke Verbesserungen vor allem für die Frauen gebracht. Diese erfordern zusätzliche Mittel. Weil die AHV ernsthafte Finanzierungsprobleme hat, mussten wir entweder nach Mehreinnahmen oder nach entsprechenden Einsparungen suchen. Dabei hat sich die Heraufsetzung des Frauenrentenalters aus verfassungsmässigen Gründen aufgedrängt. Mit einem konstruktiven Referendum wäre es möglich gewesen, alle Verbesserungen der Vorlage zu retten, die notwendige Einsparung über die Anhebung des Frauenrentenalters aber zu verweigern. Mit anderen Worten: Das Konstruktive Referendum begünstigt das Rosinenpicken. Ein solches muss aber verhindert werden. Die Verantwortung dafür muss beim Parlament angesiedelt bleiben.

Parlament als Katalysator

Bei einer Volksinitiative ist das Parlament der Katalysator zwischen Initianten und Volk. Es prüft Vor- und



Mit der Einführung des Konstruktiven Referendums würde die direkte Demokratie geschwächt statt gestärkt – und das Zweikammersystem (National- und Ständerat) angegriffen.

(Foto Reuters)

Nachteile eines Begehrens, wertet die Auswirkungen, legt diese dar, empfiehlt Annahme oder Ablehnung oder unterbreitet einen Gegenvorschlag. Dies würde auf Gesetzesstufe beim Konstruktiven Referendum wegfallen. Der Gegenvorschlag unterläge nicht mehr der Begleitung durch das Parlament und käme ohne dessen Empfehlung vor das Volk.

Föderalismus geritzt

Die Initianten führen aus, dass das Konstruktive Referendum in wenigen Kantonen gut funktioniere. Kantone haben aber kein Zweikammersystem, wo der Ständerat bei der Gesetzgebung das föderalistische Element verkörpert. Diese Tatsache spricht auf Bundesebene auch gegen die Gesetzesinitiative, welche in den Kantonen keine Schwierigkeiten bereitet. Sowohl die Gesetzesinitiative wie auch das Konstruktive Referendum unterlau-

fen aber auf Bundesebene die föderalistische Struktur.

Kompliziertes Abstimmungsverfahren

Das Konstruktive Referendum kompliziert unser ohnehin anspruchsvolles Abstimmungsverfahren massiv. Als Beispiel sei die Neat-Vorlage angeführt. Bei den Gegnern der Neat gab es solche, welche eine Neat-light wollten, andere dagegen wollten eine noch weiter angereicherte Neat. Neben der Vorlage des Parlamentes hätte es demzufolge mindestens zwei Konstruktive Referenden gegeben. Die Stimmbürger hätten sich unter dieser Auswahlentscheidung und mit Stichfragen zum Ausdruck bringen müssen, welches zum Schluss unter verschiedenen Abstimmungsszenarien die jeweils von ihnen bevorzugte Variante gewesen wäre. Niemand hätte mehr gewusst, welcher Beschluss letztlich resultieren könnte. Solche

Unsicherheiten stärken die Demokratie nicht, sondern schwächen sie.

Bessere Alternativen

Eine bessere Möglichkeit für eine differenziertere Meinungsäusserung der Stimmberechtigten würde die allgemeine Volksinitiative bieten. Mit ihr könnte neu eine allgemeine Anregung ohne Verfassungsrang gemacht werden. Danach würde das Parlament entscheiden, ob, in welcher Form und auf welcher Rechtsstufe – Verfassung oder Gesetz – das Anliegen verwirklicht werden könnte. Die Kohärenz der Rechtsordnung bliebe gewahrt. Die allgemeine Volksinitiative kann im Rahmen der Reform der Volksrechte eingeführt werden. Sie bedeutet eine Weiterentwicklung der Volksrechte ohne Gefährdung für die Funktionstüchtigkeit unserer direkten Demokratie, wie das beim Konstruktiven Referendum der Fall ist. ■

FDP SCHWEIZ INTERNATIONAL  *Auslandschweizer-Rekruten eingeladen*

Beeindruckt

VON FDP-NATIONALRAT
ERICH MÜLLER,
PRÄSIDENT FDP
SCHWEIZ INTERNATIONAL

Gegenwärtig absolvieren 30 junge Auslandschweizer in ihrer Heimat, der Schweiz, die Rekrutenschule. Während sich einzelne hier wohnende Schweizer vom Militärdienst drücken, kommen junge Auslandschweizer freiwillig zu uns, um ihren für sie selbstverständlichen Dienst an unserem Staat zu leisten.

Dies beeindruckte den Vorstand der FDP Schweiz International, und er lud die jungen Männer zu einem Besuch des Bundeshauses mit anschliessendem Fondue-Plausch nach Bern ein. Sie kamen – zwar nicht in Scharen – und freuten sich über die sehr willkommene

Abwechslung. Das Interesse der Rekruten an der Schweizer Politik war gross, ihre Kenntnis über unsere Demokratie und unser Regierungssystem verblüffte uns. Der Gedankenaustausch war ebenso beflügelnd wie eindrücklich. Bei Fondue und Weisswein erlebten wir die erfrischende Welt junger Auslandschweizer, die seit vielen Jahren in Italien, Kanada und Japan leben. Wir spürten aber auch ihrer enge Verbundenheit mit der Schweiz, ihrer Heimat. Sie sind die guten Botschafter der Schweiz in ihren Gastländern.

Der FDP-Auslandschweizer-Rekrutentag war ein gelungener Anlass, der in Zukunft im Programm der FDP Schweiz International einen festen Platz einnehmen wird. ■



Noble Sitzgelegenheit: 3 Rekruten mit FDP-Nationalrat Erich Müller im Nationalratssaal.

Die FDP Schweiz International auf Internet:

www.fdp.ch/international

Der «Freisinn».

Eine Dienstleistung der FDP für Sie.



Interessiert: Die jungen Auslandschweizer zeigten sich neugierig.



Gut schweizerisch: Fondue-Plausch in der Berner Innenstadt.

Materialshop

Nach wie vor lieferbar

- **Unsere Ziele 1999 – 2003**
- **Sozialwerke sichern und Steuern stoppen!
(Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik)**
- **In Bildung und Arbeit investieren, damit sich
Wissen auch in Zukunft auszahlt (Wirtschafts-
und Bildungspolitik)**
- **Selbstbewusste Zusammenarbeit statt Abschied
von Europa und der Welt (Aussenpolitik)**
- **Für eine Asylpolitik mit Hilfe vor Ort statt ungebremste
Einwanderung in die Schweiz (Sicherheits- und
Asylpolitik)**

**Bestellen Sie bitte direkt bei FDP Schweiz, Erwin Aebischer,
Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. (031) 320 35 35
Fax (031) 320 35 00
E-Mail: aebischer@fdp.ch**

PARLAMENT  Verzögerung

Fristen statt Lösungen

Begonnen hat alles am 29.4.1993 mit einer parlamentarischen Initiative von Barbara Haering. Art. 118 bis 121 im Strafgesetzbuch seien neu zu regeln. Der Vorstoss fordert die Straflosigkeit der Abtreibung in den ersten Monaten der Schwangerschaft.

Mit der Fristenlösung, Zitat NR Lili Nabholz, «wolle man nicht die Sitten lockern, sondern die Kluft zwischen der Praxis und einem Gesetz verringern, das seit 1942 (!) nicht mehr revidiert worden sei». Seit 1988 gab es jedoch keine Verurteilung mehr wegen illegaler Abtreibung.

Fundamentalistische Abtreibungsgegner der Schweiz. Hilfe für Mutter und Kind fordern im Juni 1998, dass selbst eine Abtreibung nach einer Vergewaltigung strafbar sein

soll. Wie würden wohl diese Männer urteilen, wenn Frauen Männer vergewaltigen könnten? Dieselbe Organisation lanciert zurzeit eine Plakatwerbung, die von weiten Kreisen als äusserst geschmacklos empfunden wird.

Der «Nicht-Entscheid» des SR vom 20.6.00 wird von ebendieser Organisation als Erfolg bezeichnet, zu welchem ihre Initiative «Für Mutter und Kind» ebenfalls beigetragen habe (die Initiative will ein striktes Abtreibungsverbot in die Verfassung aufnehmen). In welchem Jahrhundert leben wir eigentlich?

Vor der Tatsache, dass seit den Neunzigerjahren in der Schweiz jährlich rund 13 000 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, kann weder die Schweiz. Hilfe für Mutter und Kind noch der SR die Augen verschliessen. – Die Entscheidung zu einem

Schwangerschaftsabbruch gehört im Leben einer Frau sicher zu den schwerwiegendsten Entscheidungen; ein Entschluss, dessen Verarbeitung viel Kraft und Zeit in Anspruch nimmt und den keine Frau leichtfertig trifft.

Wenn der Zürcher Bildungsdirektor am 24.6.2000 an einem Forum des Schweiz. Studentenvereins feststellt, dass die Ausbildung an Schweizer Schulen zu sprachlastig sei und vermehrt in Kommunikation und Wissenschaft unterrichtet werden sollte, müsste da mit Aufklärungsarbeit begonnen werden, und zwar für Mädchen und Knaben. Diese tragen bekanntlich ein paar Jahre später auch zu einer ungewollten Schwangerschaft bei.

«Manchmal», stellt eine Nationalrätin fest, «braucht man in der Politik einen langen Schnauf.» Wie Recht sie hat! ■

Melden Sie sich!

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Von heute an darf ich diese Seite der FDP-Frauen Schweiz betreuen. Ich möchte Sie auffordern, sich bei mir zu melden, wenn Sie eine Anregung oder einen Wunsch haben. Melden Sie sich aber bitte auch, wenn Sie einfach den Dialog mit den FDP-Frauen Schweiz suchen oder ein Artikel Ihren Widerspruch weckt!

Ich freue mich auf die neue Herausforderung.
Ihre Andrea R. Trümpy



Samstag, 16. September 2000

Jahrestagung in Zürich

Gesundheit – zu welchem Preis?



Samstag, 16. September 2000
Beginn 9.30, Ende 15.30 Uhr
Zunftturm zur Zimmerleuten
Limmatquai 40, Zürich

Mit folgenden Persönlichkeiten:

Dr. theol. Andrea Arz de Falco, Oberassistentin am Interdisziplinären Institut für Ethik an der Universität Freiburg und Präsidentin der Eidg. Ethikkommission

Thema: Ethische Grundlagen der Gesundheitspolitik

Prof. Dr. med. Felix Gutzwiller, Nationalrat Zürich

Thema: Gesundheit und Politik

Barbara Hayoz-Wolf, Grossrätin Bern, Präsidentin Verein Krankenkasse Helsana

Thema: Welche Leistungen gehören in die Grundversicherung?

Dr. med. Susanne Braga, Humangenetikerin, Bern

Thema: Was ist machbar?

Weitere Podiumsteilnehmer: **Dr. med. Yves Guisan**, Nationalrat Waadt, und **Thomas Cueni**, Generalsekretär der Interpharma, Basel, Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz

Podiumsleitung: **Franziska Frey-Wettstein**, Kantonsrätin Zürich

FDP-Frauen Schweiz
Stapfenstrasse 5
3098 Köniz

Tel. (031) 972 31 11, Fax (031) 972 12 46
E-Mail: buerostapfen@swissonline.ch

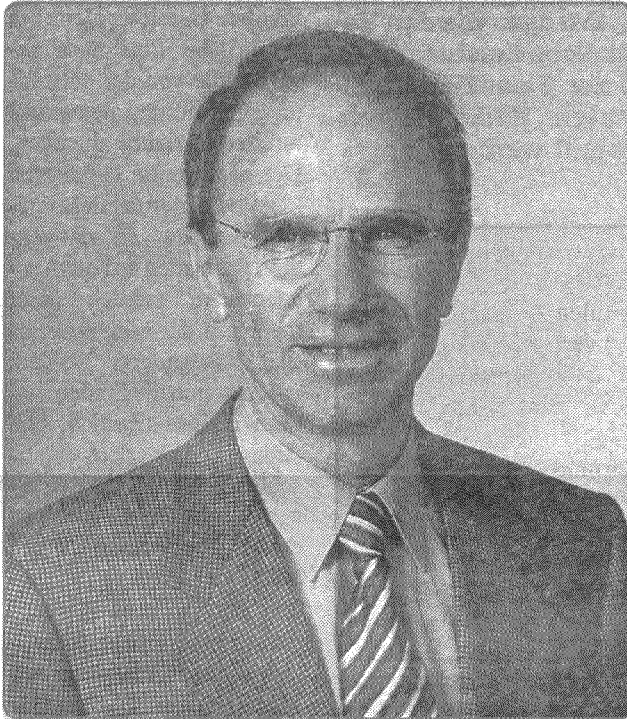
SKIVERBANDSPRÄSIDIUM  Weiterhin FDP-Führung

Herzliche Gratulation, Duri!

Der Bündner FDP-Nationalrat Duri Bezzola ist von den Delegierten des Schweizerischen Skiverbands glanzvoll zum neuen Präsidenten gewählt worden. Er übernimmt dieses Amt von FDP-Nationalrat Edi Engelberger.

Der 58-jährige Bündner FDP-Nationalrat Duri Bezzola aus Scuol ist am 1. Juli in Solothurn zum neuen Präsidenten des Schweizerischen Skiverbands (Swiss Ski) gewählt worden. Er gewann in der Kampfwahl gegen den Innerschweizer Kandidaten, FDP-Ständerat Hans Hess, mit 1144 zu 762 Stimmen. Das Präsidium des Skiverbands bleibt damit in freisinniger Hand.

Der «Freisinn» gratuliert Duri Bezzola zu dieser wichtigen Wahl und dankt Hans Hess für sein sportliches Verhalten als Mitkandidat. Jetzt bleibt nur zu hoffen, dass sich die Athletinnen und Athleten vom Bezzola'schen Optimismus anstecken und zu Höchstleistungen anspornen lassen. ■



FDP-Nationalrat Duri Bezzola, neuer Skiverbandspräsident: «Ich will den Athletinnen und Athleten den Rücken freihalten.»

FDP auf Internet

Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!

Unsere Adresse:

E-Mail: gs@fdp.prd.ch
<http://www.fdp.ch>

T O P
F I F T Y

Interims-Management der Spitzenklasse

Top Fifty AG, Management
 Bahnhofstr. 28, 6300 Zug
 Tel. 041 729 80 47
 Fax 041 729 80 41
www.top50.ch
c.vonah@top50.ch

Bitte vormerken:

**Samstag, 23. September 2000:
 Schweizerische Konferenz aller
 FDP-Ortsparteipräsidenten
 in Olten.**

Eine detaillierte Einladung folgt rechtzeitig.

TERMINE

August

- 15. Presseverband
- 18. Geschäftsleitung/Sekretärenkonferenz
- 19. Präsidentenkonferenz/a. o. Delegiertenversammlung

September

- 18.–06.10. Herbstsession
- 01. Von Wattenwyl-Gespräche
- 08./09. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 18. Groupe Latin
- 21. Geschäftsleitung/regionale Sekretärenkonferenz
- 23. Ortsparteipräsidentenkonferenz
- 24. Eidg. Abstimmung

Oktober

- 17. Presseverband
- 20. Geschäftsleitung/Sekretärenkonferenz
- 21. Delegiertenrat/a. o. Delegiertenversammlung (GL)

November

- 27.–15.12. Wintersession
- 09. Bundesratsparteien-Gespräche
- 10. Von Wattenwyl-Gespräche
- 17./18. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 26. Eidg. Abstimmung
- 29. Wahlfeiern National- und Ständeratspräsident
- 30. Geschäftsleitung

Dezember

- 06. Vereinigte Bundesversammlung/off. Fraktionssessen
- 07. Wahlfeier Bundespräsident

NATIONALBANKGOLD ◉ Goldsegen zum Schuldenabbau

Auf Zweckbindungen verzichten

Seit der Lancierung der Solidaritätsstiftung hat sich die Diskussion um die Verwendung der überschüssigen Goldreserven intensiviert. Losgelöst von der Solidaritätsstiftung, stehen bekanntlich 800 Tonnen Gold oder je nach Verkaufserlös 12 Milliarden Franken zur Verfügung. An der jüngsten Zusammenkunft der Finanzdirektoren hat sich einmal mehr gezeigt, dass die Kantone auf ihrem Anteil bestehen, um damit Schul-

den abbauen zu können. Aber auch im Kreis der Wissenschaft und im Gros der Parteien stösst das bundesrätliche Konzept mit der Zweckbindung auf Ablehnung. Zwar sollen die Goldreserven gemäss bundesrätlichem Vorschlag in ihrer Substanz erhalten bleiben. Die Erträge würden jedoch für zusätzliche Leistungen an die AHV und zur Finanzierung einer sogenannten Bildungsoffensive bereitgestellt werden.

gnale gesetzt. Es wird nämlich der gefährliche Eindruck erweckt, man könne sich durch die geschickte Verteilung des Goldsegens quasi Extraausgaben leisten, ohne dadurch den Haushaltsausgleich zu gefährden. Damit werden aber gefährliche Illusionen geweckt, die von der notwendigen Sanierung des strukturellen Defizites ablenken. Der so verteilte Goldsegen könnte insofern zum Bumerang werden, als notwendige Reformen auf der Ausgabenseite zeitlich nicht mehr mit der nötigen Priorität angegangen werden. Allein schon die Zahlen machen einiges deutlich. Die Anlagen aus dem überschüssigen Gold dürften einen jährlichen Ertrag von etwas über einer halben Milliarde Franken abwerfen. Nimmt man die prognostizierte Finanzierungslücke der Sozialwerke im Jahr 2010 von 14 Milliarden Franken, wird rasch klar, dass wir es lediglich mit einem Tropfen auf den heissen Stein zu tun haben.

entgegengesetzte Richtung. Zweckbindungen sind mit all ihren negativen Nebenwirkungen mit einer nachhaltigen Finanzpolitik in der Regel nicht zu vereinbaren. Dies umso weniger, als es nach dem massiven Anstieg der Staats- und Steuerquote nun um eine ausgabenseitige Sanierung des Bundeshaushaltes gehen muss. Einer solchen haben schliesslich Volk und Stände mit deutlichem Mehr bei der Abstimmung zum Haushaltsziel 2001 ihre Unterstützung gegeben. Mit dem Einsatz des überschüssigen Goldvermögens zur Schuldentilgung würde diesem Bestreben Rückendeckung gegeben. Zudem werden dadurch die Voraussetzungen für einen längerfristigen Steuerstopp und gezielte Steuererleichterungen verbessert. Dieser Weg ist eine zentrale Voraussetzung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz. Er hilft nebst anderen Massnahmen mit, das Umfeld für Wachstum und Arbeitsplätze positiv zu beeinflussen.

VON FDP-NATIONALRAT
GEROLD BÜHRER,
THAYNGEN (SH)



Die AHV sowie die Bildung sind zweifellos

zentrale politische Verpflichtungen. Insofern ist der bundesrätlichen Lagebeurteilung zu folgen. Der Sicherstellung dieser zwei Pfeiler muss Priorität eingeräumt werden. Doch dies heiligt nicht alle Mittel. Abgesehen von den besonderen Interessen der Kantone, welche dieses Ansinnen kategorisch ablehnen, ist die nun vorgesehene Zweckbindung aus finanz- und wirtschaftspolitischen Gründen zurückzuweisen. Denn, Volksvermögen, das nicht mehr für nationalbankpolitische Aufgaben gebraucht wird, ist so zu verwenden, dass es neben dem Erfordernis der Gerechtigkeit auf nachhaltige Weise der Sanierung des Staatshaushaltes dient und volkswirtschaftlichen Nutzen stiftet. Von da her und nicht einfach wegen des Drucks der Kantone sollte man sich nicht aus kurzfristiger politischer Popularität heraus auf gefährliche Präjudizien einlassen. Ein Wildwuchs an neuen



Die Verwendung der überschüssigen Nationalbankgoldreserven führt zu Diskussionen: Der Verkauf zwecks Schuldenabbau wird vorgeschlagen. (Bild Reuters)

Zweckbindungen darf nicht zugelassen werden.

Zweckbindungen ohne Wenn und Aber ablehnen

Eine zweckgebundene Verwendung des Goldsegens, so prioritär die angepeilten Aufgabenbereiche auch sind, ist in verschiedener Hinsicht problematisch. Erstens läuft sie dem Ziel, die massiv angewachsene Staatsquote abzubauen, zuwider. Mehr noch, ein derartiger Einsatz des Goldsegens verzögert überfällige Reformen. Im erst vor einem Vierteljahr publizierten bundesrätlichen Finanzleitbild wird denn auch zu Recht festgehalten, dass Zweckbindungen von Einnahmen und Fondslösungen

zu vermeiden seien. Es wird ausdrücklich betont: «Zweckbindungen schränken den Spielraum für die Bildung finanzpolitischer Prioritäten ein und können überdies einen Anreiz zur Verschwendung darstellen.» Im Weiteren wird im gleichen Bericht die wachsende Flucht aus dem steuerbaren Finanzhaushalt bemängelt.

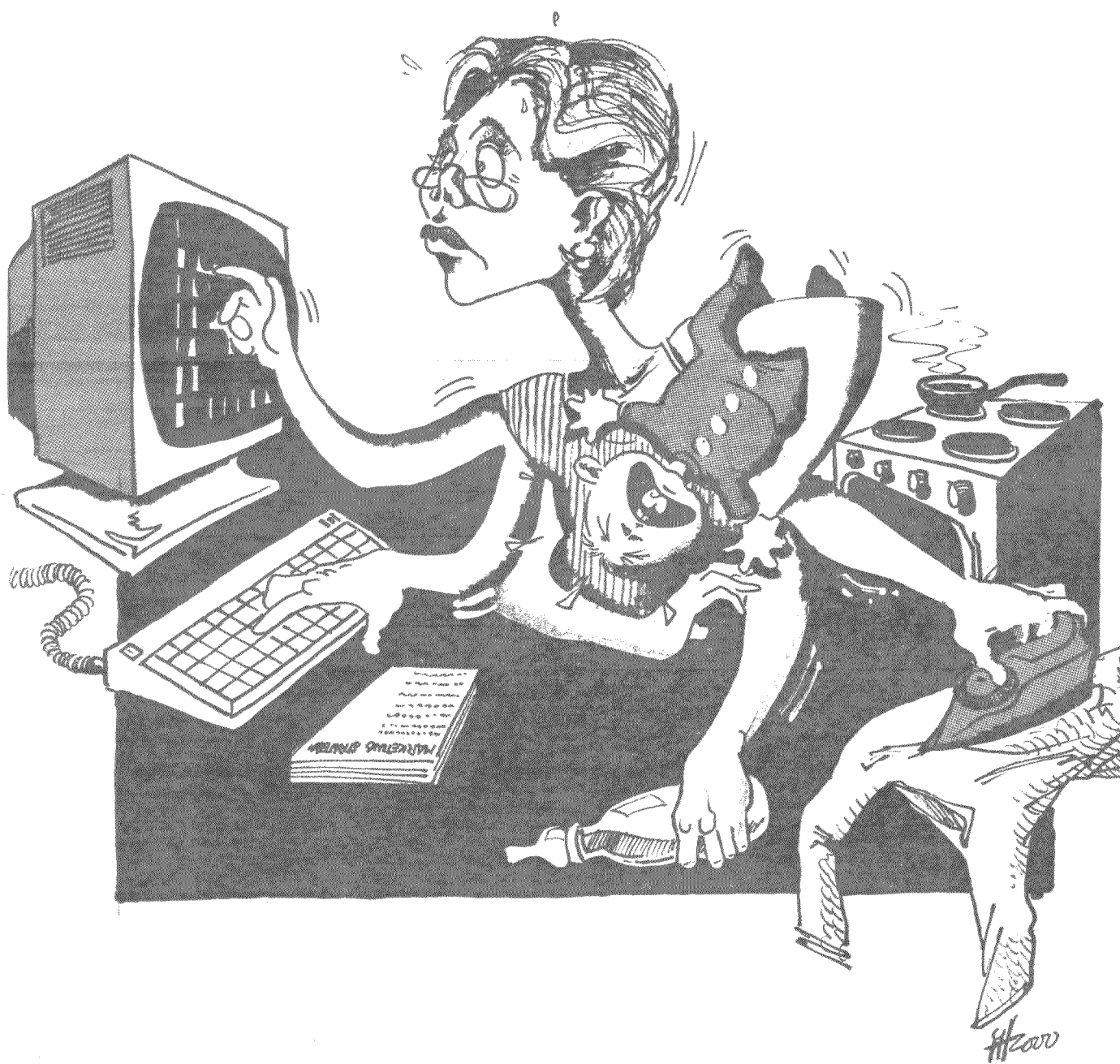
Diesen Feststellungen ist nicht zuletzt mit Blick auf negative Erfahrungswerte ohne Wenn und Aber zuzustimmen. Es fragt sich höchstens, weshalb der Bundesrat diese Position bereits wieder aufweicht, denn damit werden auch bezüglich des anvisierten Haushaltsausgleichs problematische Si-

Schulden tilgen

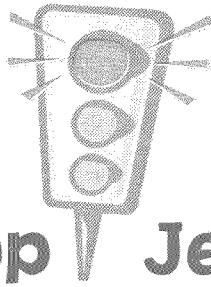
Sowohl das Kriterium der gerechten Verteilung dieses Volksvermögens als auch finanzpolitische und gesamtwirtschaftliche Aspekte sprechen zugunsten der Schuldentilgung. Eine zweckgebundene Verwendung der Mittel läuft überdies Gefahr, dass Projekte gebilligt werden, ohne dass die nachfolgenden finanziellen Belastungen genügend in Betracht gezogen werden. Anstatt den Handlungsspielraum für die Zukunft mittels Schuldentilgung zu verbessern, geht die Verteilung zugunsten einzelner Aufgaben in die

Schliesslich stellt sich die Frage, ob man von finanzpolitischen Prinzipien abweichen darf, um so allenfalls in Sachen Solidaritätsstiftung an der Urne über bessere Karten zu verfügen. Ich glaube nein. Die unbestrittene Prioritätensetzung zugunsten der AHV und der Bildung ist auf dem transparenten Budgetweg zu finanzieren. Mit Leistungsversprechungen, finanziert aus dem Goldschatz, werden gefährliche Illusionen geweckt. Illusionen sind jedoch kein Fundament für eine langfristig überzeugende Wirtschafts- und Finanzpolitik.

FAMILIEN- UND ERWERBSLEBEN IM EINKLANG



Karikatur Andreas Töns



Volksinitiative Steuerstopp Jetzt!

Ausfüllen, in einen Briefumschlag stecken und sofort senden an:
Initiativkomitee «Steuerstopp – Jetzt!», Postfach 6136, 3001 Bern.
Es müssen nicht alle Zeilen ausgefüllt sein.

Eidgenössische Volksinitiative «Steuerstopp» (publiziert im Bundesblatt vom 31. August 1999)

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 134, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

Die *Übergangsbestimmungen* der Bundesverfassung vom 18. April 1999 werden wie folgt ergänzt:

Art. 197 Ziff. 1 (*neu*)

1. *Übergangsbestimmung zu Art. 59 Abs. 3, Art. 85, Art. 86, Art. 106, Art. 112, Art. 114, Art. 116, Art. 130-132 und Art. 196 Ziff. 2, 3, 8 und 14-16 (Steuern und Abgaben)*

- 1 Während sieben Jahren nach Inkrafttreten dieser Bestimmung dürfen bundesrechtliche Steuern, Sozialabgaben und andere Abgaben nur eingeführt oder erhöht werden, wenn im gleichen Umfange bestehende bundesrechtliche Steuern, Sozialabgaben oder andere Abgaben gesenkt werden.
- 2 Wird nach Inkrafttreten dieser Bestimmung der im Durchschnitt der Jahre 2001 und 2002 erreichte Anteil der bundesrechtlichen Steuern, Sozialabgaben und anderer Abgaben am Bruttoinlandprodukt überschritten, so treten im zweiten darauf folgenden Jahr folgende Wirkungen ein: Im Umfange je der Hälfte des sich daraus ergebenden überschüssenden Betrages ermässigt sich die direkte Bundessteuer für jeden Steuerpflichtigen um den gleichen Prozentsatz und erhöht sich der Bundesbeitrag an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Der Bundesrat legt die entsprechenden Prozentsätze und Beträge fest.
- 3 Die Absätze 1 und 2 gelten weder für Lenkungsabgaben, die vollständig zurückerstattet werden, noch für die Erhöhung bundesrechtlicher Steuern, Sozialabgaben und anderer Abgaben, die zur Kompensation demographisch bedingter Mehraufwendungen bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung unerlässlich ist.
- 4 Die Bestimmung tritt mit der Annahme durch Volk und Stände in Kraft.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen.
Die Angaben müssen handschriftlich und leserlich sein.

Kanton:	Postleitzahl:	Politische Gemeinde:

Nr.	Name	Vorname	Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1						
2						
3						
4						
5						

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Das *Initiativkomitee*, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen:
Franz Steinegger, Nationalrat, Präsident FDP Schweiz, Höhenstr. 19, 6454 Flüelen; Käthi Bangarter, Nationalrätin, Murtenstr. 4, 3270 Aarberg; Christine Beerli, Ständerätin, Fraktionspräsidentin FDP Schweiz, Höheweg 84, 2502 Biel; Ulrich Bremi, alt Nationalrat, alte Landstr. 4B, 8702 Zollikon; Gerold Bühler, Nationalrat, Barterweg 18, 8240 Thayngen; Sibylle Burger-Bono, Präsidentin FDP Frauen Schweiz, Ländteweg 5, 3005 Bern; Adriano Cavadini, Nationalrat, Via delle Scuole 16, 6963 Pregassona; Toni Dettling, Nationalrat, Präsident Schweizerischer Hauseigentümerverband, Lärchenweg 16b, 6430 Schwyz; Charles Favre, Regierungsrat, Finanzdirektor VD, Ch. des caves 9, 1040 Echallens; Rolf Hegetschweiler, Nationalrat, Direktor Hauseigentümerverband Zürich, Lanzenstr. 4, 8913 Ottenbach; Michael Huber, Präsident Jungfreisinnige Schweiz, Pourtalesstr. 93, 3074 Muri; Otto Ineichen, Unternehmer, Frohhügel 5, 6210 Sursee; Riccardo Jagmetti, alt Ständerat, Scheideggstr. 76, 8038 Zürich; Marianne Kleiner, Landammann, Finanzdirektorin AR, Sonnenbühl, 9100 Herisau; Andres F. Leuenberger, Präsident Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein (Vort), Mühllestiegrain 48, 4125 Riehen; Johannes Matyassy, Generalsekretär FDP Schweiz, Hühnliwaldweg 1, 3073 Gümliigen; Erich Müller, Nationalrat, Gotthelfstr. 68, 8472 Seuzach; Fulvio Pelli, Nationalrat, via alle Scuole 18, 6924 Sorengo; Johann Niklaus Schneider-Ammann, Unternehmer, Präsident ASM/VSM, Eisenbahnstr. 25, 4900 Langenthal; Vreni Spoerry, Ständerätin, Claridenstr. 3, 8810 Horgen; Rudolf Steiner, Nationalrat, Präsident Hauseigentümerverband Solothurn, Räckholdenstr. 18, 4654 Lostorf; Georg Stucky, Nationalrat, Abern-Terrasse 2, 6340 Baar; Pierre Triponez, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband, Villettengässli 7, 3074 Muri; Karl Tschuppert, Nationalrat, Luegisland, 6218 Ettiswil; Peter Weigelt, Nationalrat, Paradisstr. 3, 9402 Mörschwil.

Ablauf der Sammelfrist: 1. März 2001

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass die _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Eidgenössischen Volksinitiative «Steuerstopp» in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Ort _____

Amtsstempel



Datum _____

Unterschrift _____